

Amtsblatt

für die Stadt Brandenburg an der Havel



BRANDENBURG
AN DER HAVEL

28. Jahrgang

Brandenburg an der Havel, 23.05.2018

Nr. 11

Inhalt

Seite

Amtlicher Teil

Elternbeitragsordnung für die Inanspruchnahme von Kindertagesstätten in der Stadt Brandenburg an der Havel 1

Einladung zur 5. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Brandenburg an der Havel im Jahre 2018 am Mittwoch, dem 30.05.2018 12

Nichtamtlicher Teil

Termine der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse im Juni 2018 14

Arbeitskreis Neue Erziehung e. V.
Elternbrief 1: 1 Monat: Früherkennungsuntersuchungen 15

Impressum 16

Amtlicher Teil

ELTERNBEITRAGSORDNUNG FÜR DIE INANSPRUCHNAHME VON KINDERTAGESSTÄTTEN IN DER STADT BRANDENBURG AN DER HAVEL

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Brandenburg an der Havel hat in ihrer Sitzung vom 25.04.2018 nachfolgende Elternbeitragsordnung, als Orientierungslinie im Sinne von § 17 Abs. 3 S. 2 Kindertagesstättengesetz des Landes Brandenburg (KitaG) bei der Herstellung des Einvernehmens über die Grundsätze der Höhe und Staffelung bei Festlegung der Elternbeiträge durch freie Träger in der Stadt Brandenburg an der Havel beschlossen:

§ 1 Geltungsbereich

Die nachfolgende Elternbeitragsordnung soll den freien Trägern, die Kindertagesstätten in der Stadt Brandenburg an der Havel betreiben, als Orientierungslinie zu den Grundsätzen der Höhe und Staffelung der Elternbeiträge im Sinne des § 17 Abs. 3 Satz 2 Kindertagesstättengesetz des Landes Brandenburg (KitaG) dienen. Daneben kann diese Elternbeitragsordnung auch als Orientierung für eine eigene Benutzungsordnung dienen.

§ 2 Allgemeine Voraussetzungen für die Aufnahme von Kindern; Eingewöhnungsphase und Gastkinderbetreuung

(1) Die Kindertagesstätten stehen grundsätzlich allen Kindern aus der Stadt Brandenburg an der Havel, die einen Rechtsanspruch gemäß § 24 SGB VIII in Verbindung mit § 1 KitaG haben, offen.

(2) Aufnahme finden bei Vorliegen des entsprechenden Rechtsanspruches Kinder in verschiedenen altersspezifischen Gruppen in den nachfolgenden Betreuungsformen:

Kinderkrippe:	Kinder bis zur Vollendung des 3. Lebensjahres
Kindergarten:	Kinder vom vollendeten 3. Lebensjahr bis zum Schuleintritt
Hort:	Schulkinder bis zum Ende der Grundschulzeit

(3) Die Aufnahme eines Kindes in einer Kindertagesstätte erfolgt nur gegen Vorlage des Bescheides über die Prüfung des Rechtsanspruches gemäß § 2 Abs. 1.

(4) Mit Aufnahme des Kindes in eine Kindertagesstätte wird zwischen dem/n Beitragspflichtigen und dem Träger der Einrichtung ein Betreuungsvertrag geschlossen. Nähere Bestimmungen sind dem Betreuungsvertrag zu entnehmen.

(5) Soweit freie Betreuungsplätze zur Verfügung stehen, können auch Kinder aus anderen Gemeinden in den Kindertagesstätten aufgenommen werden. Die Bereitstellung eines konkreten Platzes in der gewünschten Einrichtung für ein Kind aus einer anderen Gemeinde kann durch den Träger der Einrichtung abgelehnt werden, sofern ansonsten die Rechtsanspruchserfüllung für gemeindeangehörige Kinder nicht vorrangig sichergestellt werden kann, weil keine geeigneten Plätze (entsprechende Altersgruppe des Kindes oder spezifischer Betreuungsbedarf) mehr in der gewünschten Einrichtung tatsächlich vorhanden oder verfügbar sind (Kapazitätserschöpfung). Ein Anspruch auf Schaffung von Plätzen für Kinder aus anderen Gemeinden besteht nicht.

Maßgeblich für die Beurteilung der Kapazitätserschöpfung ist grundsätzlich die tatsächliche Belegung. Die Verfügbarkeit eines tatsächlich nicht belegten Platzes ist danach zu beurteilen, ob im Hinblick auf dessen Inanspruchnahme eine echte Konkurrenzsituation besteht, sich also auch andere, gemeindeangehörige, Kinder für diesen Platz beworben haben. Bleibt für eine kürzere Übergangszeit nach Freiwerden eines Platzes ein Platz tatsächlich unbelegt, bleibt dies außer Betracht. Vor Aufnahme des Kindes aus einer anderen Gemeinde muss der Stadt Brandenburg an der Havel eine Bestätigung über den festgestellten Rechtsanspruch vorgelegt werden, welche die Grundlage für den Kostenausgleich nach § 16 Abs. 5 KitaG bildet. Des Weiteren muss mit der Wohnortgemeinde Einvernehmen über die Angemessenheit des Kostenausgleichs erzielt worden sein.

(6) Zum Zwecke der Eingewöhnung kann die Aufnahme von Kindern bis zu 14 Tage vor Wirksamkeit des beschiedenen Rechtsanspruches für die Aufnahme in die jeweils altersgerechte Betreuungsform der Kindertagesbetreuung erfolgen.

(7) Für die zeitweise Betreuung eines Kindes in einer Kindertagesstätte, welches nicht an einer regulären Tagesbetreuung teilnimmt, ist eine Betreuung als Gastkind möglich. Eine Gastkindbetreuung kann nur bei vorhandenen freien Aufnahmekapazitäten der Kindertagesstätte und nach Einwilligung des/r Leiters/in gewährt werden und ist nur bis zu insgesamt 30 Betreuungstagen im Jahr möglich.

§ 3

Beitragspflicht

(1) Die Pflicht zur Entrichtung des Beitrags entsteht erstmals mit der Aufnahme des Kindes in einer Kindertagesstätte. Der Beitrag wird für alle tatsächlichen mit der Bildung, Erziehung, Betreuung und Versorgung (Getränke, Frühstück, Vesper) des Kindes verbundenen Leistungen festgelegt und erhoben und umfasst auch die Bereitstellung des Platzes in der Kindertagesstätte.

(2) Der Beitrag ist unabhängig von der tatsächlichen Anwesenheit des Kindes, insbesondere dem Zeitraum der Schließung der Kindertagesstätte sowie der Schulferien zu entrichten. Fehlt ein Kind entschuldigt über einen längeren Zeitraum (Kur, Krankheit oder andere Gründe), bleibt der Anspruch auf den Platz in der Kindertagesstätte für 3 Monate erhalten, wobei der Beitrag weiter zu entrichten ist.

(3) Die Beitragspflicht endet mit Ablauf der Kündigungsfrist.

(4) Die Pflicht zur Entrichtung eines Beitrags besteht auch für Empfänger einer Leistung nach §§ 53, 54 SGB XII oder § 35a SGB VIII; d.h. auch Beitrags-pflichtige, deren Kinder im Rahmen einer teilstationären Betreuung eine Regel- oder Integrationskindertagesstätte besuchen und/ oder dort eine zusätzliche Förderung erhalten.

§ 4

Erhebungszeitraum und Entstehung der Beitragsschuld; Vorauszahlungen

(1) Erhebungszeitraum ist das Kalenderjahr und bei Entstehung der Beitragspflicht während eines Kalenderjahres der Restteil des Jahres.

(2) Für die Inanspruchnahme der Kindertagesstätte ist beginnend mit der Aufnahme des Kindes in der Kindertagesstätte ein Beitrag zu entrichten, die als Jahresbeitrag festgelegt und erhoben wird. Solange die Beitragsschuld noch nicht entstanden ist, sind Vorauszahlungen zu leisten. Die Vorauszahlungen werden monatlich erhoben.

(3) Die Jahresbeitragsschuld entsteht jeweils mit Ablauf des Erhebungszeitraums. Endet das Benutzungsverhältnis vor Ablauf des Erhebungszeitraums, entsteht die Beitragsschuld mit Ende des Benutzungsverhältnisses.

(4) Die Höhe der Vorauszahlungen richtet sich nach dem zuletzt festgelegten Jahresbeitrag des Vorjahres. Ist dies nicht möglich, werden die Vorauszahlungen nach dem vereinbarten Betreuungsumfang und auf der Grundlage des weiteren Beitragsmaßstabes erhoben.

(5) Der Träger der Einrichtung kann die Vorauszahlungen dem Betrag anpassen, der sich für den laufenden Erhebungszeitraum voraussichtlich ergeben wird. Zu wenig entrichtete Vorauszahlungen sind nach Bekanntgabe des Jahresbeitrags nach zu entrichten; zu viel entrichtete Vorauszahlungen werden erstattet.

§ 5

Veranlagung und Fälligkeit

(1) Der Jahresbeitrag wird nach Ablauf des Erhebungszeitraumes festgelegt. Die Vorauszahlungen werden gesondert festgelegt.

(2) Die monatlich zu entrichtende Vorauszahlung wird am 15. eines jeden Monats fällig.

(3) Eine Beitragsänderung bei Eintritt in die Altersgruppe Kindergarten erfolgt zum 1. des Monats, in dem das Kind 3 Jahre alt wird. Beim Wechsel des Kindes vom Kindergarten in den Hort im Zusammenhang mit der Einschulung wird der Monatsbeitrag im Einschulungsmonat entsprechend den Betreuungstagen anteilig für den Kindergarten und den Hort berechnet.

(4) Entsteht die Beitragspflicht erstmals im Laufe des Kalenderjahres oder wechselt der Beitragspflichtige im Laufe eines Kalenderjahres, wird die monatliche Vorauszahlung festgelegt und einen Monat nach Bekanntgabe der Höhe fällig.

§ 6

Beitragsmaßstab; Einkommensermittlung

(1) Beitragsmaßstab und Staffelungskriterium für den zu entrichtenden Beitrag ist zum Zeitpunkt der Aufnahme des Kindes bei der Kindertagesstätte:

1. die Art der besuchten Einrichtung (Kinderkrippe, Kindergarten und Hort),
2. das Elterneinkommen des Vorjahres,
3. die Zahl der unterhaltsberechtigten Kinder,
4. der Umfang der vereinbarten Betreuungszeit (§ 8 Abs. 2 dieser Satzung),

Abweichend vom Elterneinkommen des Vorjahres ist das Zwölfwache des Einkommens des Monats vor der Aufnahme zugrunde zu legen, wenn es voraussichtlich auf Dauer höher oder niedriger ist, als das Einkommen des Vorjahres. Wird das Zwölfwache des Einkommens des Monats vor der Aufnahme zu Grunde gelegt, so sind auch Einkünfte hinzuzurechnen, die zwar nicht in diesem Monat bezogen wurden, aber im laufenden Jahr anfallen.

(2) Bei Lebensgemeinschaften wird das Einkommen beider Partner zu Grunde gelegt, sofern sie Eltern des Kindes sind. Steht ein Partner der Lebensgemeinschaft bzw. Ehe in keiner kundschaftsrechtlichen Beziehung zum Kind, so bleibt sein Einkommen unberücksichtigt. Sind die Eltern geschieden bzw. nachweisbar getrennt lebend, zählt das Einkommen des Elternteils, mit dem das Kind zusammen lebt. Sofern das getrennt lebende Elternteil personensorgeberechtigt ist, wird auf Grundlage seines Einkommens ein gesonderter Beitrag festgelegt und bei ihm erhoben. Wird in Addition der jeweiligen Beiträge der Höchstbeitrag laut Beitragstabelle überschritten, werden die jeweiligen Beiträge nach dem Verhältnis der Einkommen zueinander bis auf den Höchstbeitrag reduziert. Sofern für ein Elternteil der Mindestbeitrag errechnet wurde, erfolgt bei ihm keine weitere Reduzierung.

(3) Werden Personensorgeberechtigung und Aufenthaltsbestimmungsrecht nach dem sogenannten Wechselmodell von beiden Elternteilen gemeinsam ausgeübt und der gewöhnliche Aufenthalt des Kindes ist zwischen der Mutter und dem Vater aufgeteilt, erfolgt eine getrennte Beitragsfestlegung und -erhebung auf der Grundlage der jeweiligen Einkommen analog der Regelungen in § 6 Abs. 2 dieser. Es gilt der Höchstbeitrag der längeren Betreuungszeit, sofern sich diese unterscheidet.

(4) Unter dem Begriff der unterhaltsberechtigten Kinder ist ausschließlich auf das Verwandtschaftsverhältnis abzustellen. Unterhaltsberechtignte Kinder sind nicht nur die Kinder, die im Haushalt des/der Beitragspflichtigen oder eines getrennt lebenden Elternteils wohnen, sondern auch selbständig in einer eigenen Wohnung lebende Kinder, solange sie unterhaltsberechtigt sind. Minderjährige unverheiratete Kinder sind dann unterhaltsberechtigt, wenn sie außerstande sind, sich selbst zu unterhalten (§ 1602 Abs. 1 Bürgerliches Gesetzbuch - BGB). Die Unterhaltsbedürftigkeit setzt voraus, dass das Kind weder aus zumutbarer Arbeit, noch aus Vermögenseinkünften, noch aus sonstigen Einkünften (z. B. Stipendien, BAföG) seinen Lebensbedarf hinreichend bestreiten kann. Bei Kindern über 18 Jahren muss die Unterhaltsverpflichtung glaubhaft gemacht

werden. Bei mehreren unterhaltsberechtigten Kindern gelten die Tabellenbeträge der Beitragstabellen mit der Spaltenüberschrift „2 Kinder“ bzw. „ab 3 Kinder“ nach der Anzahl der unterhaltsberechtigten Kinder. Für jedes einzelne Kind ist der Betrag anzuwenden, der sich aus der Gesamtzahl der unterhaltsberechtigten Kinder ergibt. Für Mehrlingsgeburten reduziert sich der nach der Beitragstabelle zu zahlende Betrag um zusätzliche 25 v.H. bei 2 Kindern, um zusätzliche 50 v.H. bei 3 oder mehr Kindern. Die Ermäßigung gilt ausschließlich für die Mehrlingskinder.

(5) Als Einkommen im Sinne dieser Elternbeitragsordnung gilt, soweit diese keine konkrete Regelung enthält, die Summe der positiven jährlichen Einkünfte der Eltern gemäß § 2 Abs. 1 und Abs. 2 EStG, unabhängig davon ob das Einkommen im In- oder Ausland erzielt wird, in dem der Angabe vorangegangenen Kalenderjahr (Jahresbruttoeinkommen) abzüglich Werbungskosten und Betriebsausgaben. Die absetzbaren Werbungskosten betragen pauschal 1.000 € bzw. 2.000 € bei Berücksichtigung beider Elternteile. Höhere Werbungskosten können berücksichtigt werden. Der Nachweis erfolgt durch einen aktuellen Steuerbescheid oder einen auf der Lohnsteuerkarte eingetragenen Steuerfreibetrag.

Zum Einkommen im Sinne dieser Satzung zählen:

1. Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit
2. Einkünfte aus selbständiger Arbeit
3. Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft
4. Einkünfte aus Gewerbebetrieb
5. Einkünfte aus Kapitalvermögen
6. Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung
7. sonstige Einkünfte

(6) Einkünfte sind bei selbständiger Arbeit, Land- und Forstwirtschaft und Gewerbebetrieb der Gewinn, also der Überschuss der Betriebseinnahmen über die Betriebsausgaben. Bei den anderen Einkunftsarten (nichtselbständige Arbeit, Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung sowie sonstige Einkünfte) sind die Einkünfte der Überschuss der Einnahmen über die Werbungskosten.

(7) Darüber hinaus werden sonstige steuerpflichtige und steuerfreie Einnahmen berücksichtigt, soweit sie die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit erhöhen, insbesondere die steuerfreien Einnahmen gemäß § 3 Einkommenssteuergesetz (EStG). Hierzu gehören insbesondere:

1. wegen Geringfügigkeit vom Arbeitgeber pauschal versteuerte Einkommen
2. Renten,
3. tatsächliche Unterhaltsleistungen für die Gebührenpflichtigen und das Kind, auch Unterhaltsvorschuss
4. Einnahmen nach dem Sozialgesetzbuch III (SGB III), Unterhaltsgeld, Überbrückungsgeld, Übergangsgeld, Kurzarbeitergeld, Arbeitslosengeld nach dem Sozialgesetzbuch III (SGB III),
5. Sonstige Leistungen nach anderen Sozialgesetzen, z.B. Krankengeld, Mutterschaftsgeld, Übergangsgeld, Verletztengeld, Übergangsgeld nach SGB VI, Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz (USG), dem Beamtenversorgungsgesetz (BVG), dem Wehrsoldgesetz (WSG), Bundesausbildungs-förderungsgesetz (BAföG)

Ein Ausgleich von positiven Einkünften mit Verlusten aus anderen Einkunftsarten und mit Verlusten des Ehegatten bei gemeinsamer Veranlagung ist nicht zulässig.

(8) Bei der Ermittlung des Elterneinkommens bleibt das Elterngeld (BEEG) bis zu einer Höhe von 300,00 € bzw. 150,00 € bei ElterngeldPlus je Kind und Monat anrechnungsfrei. Berücksichtigungsfrei bleibt auch das Kindergeld nach Bundeskindergeldgesetz (BKKG) oder EStG.

Einkommen der unterhaltsberechtigten Kinder wird bei der Elterneinkommensermittlung ebenfalls nicht berücksichtigt. Hierzu gehören insbesondere:

- Ausbildungsvergütungen der Kinder
- Öffentliche Leistungen für Kinder (z.B. Grundsicherungsleistungen, Waisenrente, BAföG).

Nachgewiesene Kosten für einen behinderungsbedingten Mehraufwand des Kindes, die durch entsprechende Leistungen nach dem SGB VIII bzw. SGB XII entstehen, können beim zu berücksichtigenden Einkommen als mindernd anerkannt werden. Der Nachweis des behinderungsbedingten Mehrbedarfs erfolgt durch einen aktuellen Steuerbescheid.

(9) Nachgewiesene Bar-Unterhaltszahlungen können beim zu berücksichtigenden Einkommen als mindernd anerkannt werden, sofern die Unterhaltsverpflichtung gegenüber nicht im Haushalt lebenden Kindern bereits im Rahmen der Regelung nach § 6 Abs. 4 dieser Beitragsordnung erfolgt. Bei Verzicht auf Unterhaltszahlungen oder Unterhaltsvorschuss wird beim Beitragspflichtigen und dessen Einkommen der einschlägig unterhaltsrechtliche Regelbetrag gemäß § 1612 a BGB bzw. der jeweils aktuelle Unterhaltsvorschuss nach gemäß § 2 UhVorschG dem Einkommen hinzugerechnet.

(10) Sonstige Aufwendungen und Belastungen, die andere soziale Leistungsgesetze (z.B. BAföG, WoGG) und das Einkommenssteuerrecht (EStG) berücksichtigen, sind nicht abzugsfähig. Nicht in Abzug gebracht werden können insbesondere Sonderausgaben (z.B. Kranken-, Renten- und andere Sozialversicherungsbeiträge, Spenden, Kirchensteuern und außergewöhnliche Belastungen gemäß § 33 EStG, z.B. Krankheitskosten; Kinderbetreuungskosten nach § 2 Abs. 5 a EStG).

(11) Bezieht ein Elternteil Einkünfte aus einem Beschäftigungsverhältnis oder auf Grund der Ausübung eines Mandates und steht ihm auf Grund dessen für den Fall des Ausscheidens eine lebenslängliche Versorgung oder an deren Stelle eine Abfindung zu oder ist er in der gesetzlichen Rentenversicherung nachzuversichern, dann ist dem ermittelten Einkommen ein Betrag von 10 v. H. der Einkünfte aus diesem Beschäftigungsverhältnis oder auf Grund der Ausübung des Mandates hinzuzurechnen.

(12) Der/die Beitragspflichtige/n ist/sind verpflichtet, geeignete Unterlagen zum Nachweis des Elterneinkommens vorzulegen. Geeignete Unterlagen sind vorrangig der letzte Einkommenssteuerbescheid aber auch die Verdienstabrechnungen des vorangegangenen Kalenderjahres oder die letzte Jahresverdienstbescheinigung. Monatliche Verdienstabrechnungen die kein ganzes Kalenderjahr umfassen, können auf ein Jahreseinkommen hochgerechnet werden. Liegen andere geeignete Unterlagen nicht vor, so muss auf eine Selbsteinschätzung zurückgegriffen werden. Sofern seitens des/der Beitragspflichtigen keine Einkommenserklärung erfolgt bzw. glaubhafte Einkommensnachweise nicht oder nicht rechtzeitig vorgelegt werden, wird zunächst der Höchstbetrag festgelegt und erhoben. Nach Vorlage der Einkommensnachweise wird neu berechnet.

(13) Bei Selbstständigen, die noch keinen Einkommenssteuerbescheid erhalten haben, kann bis zu dessen Vorlage von einer Einkommens-selbsteinschätzung ausgegangen werden. In diesem Fall erhalten die Beitragspflichtigen eine vorläufige Festlegung zur Höhe des Beitrags. Der Beitrag beträgt mindestens das Zweifache des Mindestbeitrags nach § 12, sofern kein Bezug von Sozialleistungen nachgewiesen wird. Der Beitrag wird nach unaufgeforderter Glaubhaftmachung des tatsächlichen Einkommens durch eine endgültige Festlegung ersetzt.

(14) Die Prüfung von Angaben zum Jahreseinkommen anhand von geeigneten Nachweisen erfolgt erstmalig im Aufnahmeverfahren und unterliegt der jährlichen Prüfung. Die Einkommensnachweise sind in der Regel bis spätestens 31. Mai des laufenden Kalenderjahres einzureichen. In Ausnahmefällen kann seitens des Trägers der Einrichtung eine Fristverlängerung gewährt werden. Im Übrigen ist/sind der/die Beitragspflichtige/n verpflichtet, dem Träger der Einrichtung alle Auskünfte zu erteilen, die im Rahmen des Vertragsverhältnisses von Bedeutung sind.

(15) Änderungen von Tatsachen, die für die Bemessung der Beitragserhebung maßgeblich sind und zu einer geänderten Eingruppierung in die Staffelungstabellen führen können (insbesondere Änderungen der familiären und wirtschaftlichen Verhältnisse), sind dem Träger der Einrichtung während des gesamten Betreuungszeitraumes unverzüglich schriftlich anzuzeigen. Im Falle einer Einkommensänderung ist das Zwölfwache des Einkommens des Monats, in dem die Änderung eintritt, zu Grunde zu legen. Wird das Zwölfwache des Einkommens des Monats der Änderung zu Grunde gelegt, so sind auch Einkünfte hinzuzurechnen, die zwar nicht im diesem Monat bezogen wurden, aber im laufenden Jahr anfallen. Soweit Monatseinkommen nicht bestimmbar sind, ist abweichend von Satz 2 auf das zu erwartende Jahreseinkommen abzustellen. Änderungen des Einkommens, die eine Reduzierung des Beitrags nach sich ziehen, können für den jeweiligen Monat nur berücksichtigt werden, wenn der glaubhafte Nachweis darüber bis zum 10. des laufenden Monats erbracht wurde. Änderungen des Einkommens, die eine Erhöhung des Beitrags bewirken, werden mit Eintritt der Veränderung berücksichtigt und mit dem nächsten monatlichen Vorauszahlungsbetrag erhoben oder rückwirkend, nach Durchführung einer Nachberechnung, festgelegt und erhoben.

(16) Eltern können bei einem reduzierten Betreuungsbedarf in Abstimmung mit der Kindertagesstätte einen Kitaplatz teilen (Platz-Sharing) sofern ein geeigneter Partner vorhanden ist. Der Beitrag wird ermittelt aus dem normalweise fälligen vollen Beitrag entsprechend des Rechtsanspruchs und der vereinbarten Verteilung der Nutzung des Betreuungsplatzes. Der prozentuale Anteil des Platzpartners ist in Abzug zu bringen.

§ 7 Beitragsschuldner

(1) Beitragsschuldner ist/sind der/die Personensorgeberechtigte/n, auf dessen/deren Veranlassung hin das Kind die Kindertagesbetreuung (Kindertagesstätte) in Anspruch nimmt.

(2) Personensorgeberechtigt ist, wem allein oder gemeinsam mit einer anderen Person die Personensorge zusteht.

(3) Die Personensorgeberechtigten haften als Gesamtschuldner oder gesondert mit der jeweiligen Schuld.

§ 8 Beitragssatz und Umfang der Betreuung

(1) Die konkrete Höhe des Beitrags ergibt sich aus den beiliegenden Staffelungstabellen, die als Anlagen 1.1 – 1.3 Bestandteile dieser Elternbeitragsordnung sind.

(2) Neben den in § 6 Abs. 1 Nr. 1 bis Nr. 3 bereits genannten Stafflungskriterien im Rahmen des Beitragsmaßstabes wird auf Grund des festgestellten Rechtsanspruches der Beitrag nach dem im Betreuungsvertrag vereinbarten Betreuungsumfang für das jeweilige Kind nach der Art der besuchten Einrichtung gestaffelt erhoben (vgl. § 6 Abs. 1 Nr. 4).

Kinderkrippe / Kindergarten

- Mindestbetreuungszeit: bis 6 Stunden
- Regelbetreuungszeit: über 6 bis 8 Stunden
- verlängerte Betreuungszeit: über 8 bis 10 Stunden
- lange Betreuungszeit: über 10 Stunden

Hort

- Mindestbetreuungszeit: bis 4 Stunden
- Regelbetreuungszeit: über 4 bis 5 Stunden
- verlängerte Betreuungszeit: über 5 bis 6 Stunden
- lange Betreuungszeit: über 6 Stunden

Eine Betreuung über 10 Stunden im Kinderkrippen- und Kindergartenalter sowie über 6 Stunden im Hortalter ist nur in begründeten Einzelfällen möglich.

(3) Wird eine Änderung der im Betreuungsvertrag festgelegten Betreuungszeiten im Rahmen des Rechtsanspruches gewünscht, ist ein schriftlicher Antrag an den/die Leiter/in der Einrichtung zu stellen.

(4) Die vereinbarte Betreuungszeit laut Betreuungsvertrag kann in Abstimmung mit dem/r Leiter/in der Einrichtung in der Woche variabel genutzt werden, darf allerdings die Gesamtbetreuungszeit innerhalb einer Woche nicht überschreiten.

(5) An schulfreien Tagen sowie in den Ferien ist im Hort eine Ganztagesbetreuung im Rahmen der vorhandenen Kapazitäten möglich. Wird dieses Angebot in Anspruch genommen, ist eine entsprechende Ferienpauschale zusätzlich zum monatlichen Beitrag zu entrichten. Die Höhe dieser Pauschale ergibt sich aus der Differenz eines Monatsbeitrages zwischen dem erhöhten Betreuungsbedarf in den Ferien und dem Betreuungsbedarf in der Schulzeit.

(6) Im Aufnahmemonat fällt der Beitrag entsprechend der Anzahl der tatsächlichen Betreuungstage an.

§ 9 Zahlungsverfahren

(1) Die zur Einzahlung notwendigen Zahlungsinformationen werden bei der Aufnahme durch den Träger der Einrichtung mitgeteilt.

(2) Die Zahlungsart wird durch die Eltern entschieden, entweder durch:

- Selbsteinzahlung unter Angabe des betreffenden Kindes oder
- Abbuchungsverfahren.

§ 10 Abmeldung und Ausschluss

(1) Die Abmeldung (Kündigung) ist jederzeit unter Einhaltung einer Frist von einem Monat zulässig. Die Abmeldung bedarf der Schriftform. Der Beitrag im Kündigungsmonat fällt bei einer Betreuung von bis zu 10 Tagen in Höhe des halben Monatsbetrags an, bei einer Betreuung von mehr als 10 Tagen in Höhe des gesamten Monatsbetrags, unabhängig von der tatsächlichen Anzahl der Betreuungstage im Kündigungsmonat.

(2) Ein Kind kann aus wichtigem Grund nach fruchtloser Mahnung mit Wirkung zum letzten Tag des Monats unter Einhaltung einer Frist von einem Monat vom weiteren Besuch der Kindertagesstätte ausgeschlossen werden, insbesondere wenn

- es innerhalb des laufenden Kalenderjahres mehr als 30 Tage unentschuldig gefehlt hat;
- der/die Beitragspflichtige/n trotz Mahnung seinen/ihren Zahlungsverpflichtungen in insgesamt mindestens 3 Monaten innerhalb der letzten 12 Monate nicht nachgekommen ist/sind.

(3) Verstoßen Beitragspflichtige gegen Bestimmungen dieser Elternbeitragsordnung oder Regelungen im Betreuungsvertrag, kann dies aus wichtigem Grund nach Gewährung einer angemessenen Frist zur Abhilfe den Ausschluss des Kindes aus der Betreuung zur Folge haben.

(4) Die Entscheidung über den Ausschluss des Kindes aus der Betreuung trifft der Träger der Kindertagesstätte. Der Ausschluss ist schriftlich unter Angabe der wesentlichen Gründe dem/den Personensorgeberechtigten bekannt zu geben.

§ 11

Beitragsermäßigung, Beitragsübernahme

(1) Die Beiträge können gemäß § 90 Absatz 3 SGB VIII auf Antrag ganz oder teilweise vom Träger der öffentlichen Jugendhilfe übernommen werden, wenn die Belastung dem Kind oder seinen Eltern nicht zuzumuten ist. Die Feststellung der zumutbaren Belastung erfolgt nach § 90 Abs. 4 SGB VIII auf der Grundlage der Ermittlung des zur Verfügung stehenden Einkommens (§§ 82 bis 85, 87 und 88 SGB XII entsprechend) durch die Stadt Brandenburg an der Havel.

(2) Für die Betreuung von Kindern in Kindertagesstätten, die in Pflegefamilien, anderen Wohnformen oder stationär in Einrichtungen der Jugendhilfe untergebracht sind, und deren Personensorgeberechtigte für diese Kinder Hilfe nach den §§ 33, 34 SGB VIII erhalten, werden die Beiträge gemäß § 17 Abs. 1 Satz 3 KitaG von der Stadt Brandenburg an der Havel gemäß § 17 Absatz 1 Satz 3 KitaG in Höhe des Durchschnitts der Beiträge übernommen.

§ 12

Mindestbeitrag

(1) Von Beitragspflichtigen, die Empfänger einer laufenden Sozialleistung (SGB II, SGB XII, AsylbLG, WoGG, Kinderzuschlag) oder Familienpassinhaber sind, wird in Abweichung von § 8 Abs. 1 unabhängig davon, wie hoch das jährliche Elterneinkommen tatsächlich ist, ein Mindestbeitrag in Höhe der häuslichen Ersparnis durch die Inanspruchnahme der Betreuung in einer Kindertagesstätte je Kind festgelegt und erhoben.

(2) Der Mindestbeitrag für die Betreuung in einer Kindertagesstätte beträgt je Kind für die nachfolgenden Betreuungszeiten entsprechend der Art der besuchten Einrichtung:

Art der besuchten Einrichtung	Mindestbetreuungszeit	Regelbetreuungszeit	verlängerte Betreuungszeit	lange Betreuungszeit
	bis 6 h	über 6 h bis 8 h	über 8 h bis 10 h	über 10 h
Kinderkrippe	13 €	18 €	22 €	24 €
Kindergarten	13 €	18 €	22 €	24 €
	bis 4 h	über 4 h bis 5 h	über 5 h bis 6 h	über 6 h
Hort	11 €	14 €	17 €	20 €

Bei zwei unterhaltsberechtigten Kindern findet jeweils eine Ermäßigung des Mindestbeitrags um 20% statt, ab drei unterhaltsberechtigten Kindern um jeweils 40%. Es ist auf volle Eurobeträge auf- oder abzurunden. Die Reduzierung bei Mehrlingsgeburten nach § 6 Abs. 4 gilt entsprechend.

§ 13

Beiträge in der Eingewöhnungsphase und für Gastkinder

(1) Für die Eingewöhnungsphase wird pauschal ein Beitrag entsprechend der Mindestbetreuungszeit nach § 8 Abs. 2 in Höhe des halben Monatsbeitrags festgelegt und erhoben.

(2) Für die zeitweise Betreuung eines Kindes in einer Kindertagesstätte, welches nicht an einer regulären Tagesbetreuung teilnimmt (Gastkind), ist als Beitrag folgender Tagessatz je Betreuungstag zu zahlen:

- im Kinderkrippenalter: 12 € je Betreuungstag
- im Kindergartenalter: 10 € je Betreuungstag
- im Hortalter: 8 € je Betreuungstag.

§ 14

Versorgungsangebot

(1) In den Kindertagesstätten der Stadt Brandenburg an der Havel wird eine Mittags-versorgung angeboten. Für die Inanspruchnahme der Versorgung mit Mittagessen ist ein zusätzlicher Kostenbeitrag (sog. Essengeld) neben dem Elternbeitrag zu entrichten. Die Kosten der Mittagsversorgung bestimmen sich nach dem jeweiligen Versorgungsvertrag. Die Stadt Brandenburg an der Havel gewährt auf den von den Personensorgeberechtigten zu zahlenden Zuschuss zur Versorgung des Kindes mit Mittagessen (Essengeld) einen variablen Zuschuss, der sich aus der Differenz zwischen Essenspreis und den durchschnittlich ersparten Eigenaufwendungen aufgrund der Inanspruchnahme der Mittagsversorgung in der Kindertagesstätte bestimmt. Der von den Personensorgeberechtigten zu entrichtende Kostenbeitrag in Höhe der durchschnittlich ersparten Eigenaufwendungen zur Versorgung des Kindes mit Mittagessen (Essengeld) beträgt 1,84 €.

(2) Sofern ein Anspruch auf Bildungs- und Teilhabeleistungen für die Mittagsversorgung besteht, entfällt der Zuschuss der Stadt nach Abs. 1. Besteht ein Anspruch auf Bildungs- und Teilhabeleistungen für die Mittagsversorgung, muss dieser in Anspruch genommen werden. Ein geeigneter Nachweis in Form einer Kostenübernahmeerklärung ist dem Träger der Einrichtung vorzulegen.

(3) Das ermittelte Essengeld wird pauschal ohne Anspruch auf Rückerstattung bei Nichtbeanspruchung der Leistung festgelegt und erhoben. Zum Ausgleich von Ausfallzeiten werden pauschal nur 18 Tage im Monat berücksichtigt. Längere Fehlzeiten werden auf Antrag entsprechend berücksichtigt. Als längere Fehlzeiten gelten zusammenhängende Zeiträume von mehr als 15 Werktagen. Ausgenommen hiervon sind Schließzeiten. Für die von einer längeren Abwesenheit betroffenen Monate erfolgt eine Spitzabrechnung. Für den Monat der Anmeldung und der Abmeldung gelten die Regelungen in § 8 Abs.6 und § 10 Abs. 1 dieser Beitragsordnung analog.

§ 15 Sonstiges

(1) Bei wiederholter Überschreitung der vereinbarten Betreuungszeit werden dem/den Beitragspflichtigen nach vorheriger mündlicher Ermahnung, je angefangener Betreuungsstunde 25 € in Rechnung gestellt.

(2) Bei Überschreitung der Öffnungszeit der Kindertagesstätte wird das Kind dem Kinder- und Jugendnotdienst übergeben, falls dem/r Leiter/in von dem/n Personensorgeberechtigten keine dafür bevollmächtigte Person bekannt gegeben wurde. Die dafür entstehenden Kosten werden dem/den Beitragspflichtigen in Rechnung gestellt.

§ 16 Inkrafttreten

Die Elternbeitragsordnung für die Inanspruchnahme von Kindertagesstätten in der Stadt Brandenburg an der Havel tritt am 01.08.2018 in Kraft.

Staffelungstabelle für Kinder im Alter bis zur Vollendung des 3. Lebensjahres

Anlage 1.1

	Jahres- einkomme n	Monats- einkommen	bis 6 Stunden			über 6 bis 8 Stunden			über 8 bis 10 Stunden			über 10 Stunden		
			monatlicher Beitrag			monatlicher Beitrag			monatlicher Beitrag			monatlicher Beitrag		
			1 Kind 100%	2 Kinder 80%	ab 3 Kinder 60%	1 Kind 100%	2 Kinder 80%	ab 3 Kinder 60%	1 Kind 100%	2 Kinder 80%	ab 3 Kinder 60%	1 Kind 100%	2 Kinder 80%	ab 3 Kinder 60%
unter/ab	17.200 €	1.433 €	38 €	30 €	23 €	57 €	46 €	34 €	69 €	55 €	41 €	82 €	66 €	49 €
ab	18.450 €	1.538 €	42 €	34 €	25 €	62 €	50 €	37 €	75 €	60 €	45 €	88 €	70 €	53 €
ab	19.800 €	1.650 €	47 €	38 €	28 €	68 €	54 €	41 €	81 €	65 €	49 €	95 €	76 €	57 €
ab	21.350 €	1.779 €	51 €	41 €	31 €	73 €	58 €	44 €	86 €	69 €	52 €	101 €	81 €	61 €
ab	22.900 €	1.908 €	56 €	45 €	34 €	78 €	62 €	47 €	92 €	74 €	55 €	107 €	86 €	64 €
ab	24.450 €	2.038 €	60 €	48 €	36 €	84 €	67 €	50 €	98 €	78 €	59 €	113 €	90 €	68 €
ab	26.000 €	2.167 €	65 €	52 €	39 €	89 €	71 €	53 €	104 €	83 €	62 €	120 €	96 €	72 €
ab	27.550 €	2.296 €	69 €	55 €	41 €	95 €	76 €	57 €	110 €	88 €	66 €	126 €	101 €	76 €
ab	29.100 €	2.425 €	74 €	59 €	44 €	100 €	80 €	60 €	116 €	93 €	70 €	132 €	106 €	79 €
ab	30.650 €	2.554 €	78 €	62 €	47 €	105 €	84 €	63 €	121 €	97 €	73 €	138 €	110 €	83 €
ab	32.200 €	2.683 €	82 €	66 €	49 €	111 €	89 €	67 €	127 €	102 €	76 €	145 €	116 €	87 €
ab	33.750 €	2.813 €	87 €	70 €	52 €	116 €	93 €	70 €	133 €	106 €	80 €	151 €	121 €	91 €
ab	35.300 €	2.942 €	91 €	73 €	55 €	121 €	97 €	73 €	139 €	111 €	83 €	157 €	126 €	94 €
ab	36.850 €	3.071 €	96 €	77 €	58 €	127 €	102 €	76 €	145 €	116 €	87 €	163 €	130 €	98 €
ab	38.400 €	3.200 €	100 €	80 €	60 €	132 €	106 €	79 €	151 €	121 €	91 €	170 €	136 €	102 €
ab	39.950 €	3.329 €	105 €	84 €	63 €	138 €	110 €	83 €	156 €	125 €	94 €	176 €	141 €	106 €
ab	41.500 €	3.458 €	109 €	87 €	65 €	143 €	114 €	86 €	162 €	130 €	97 €	182 €	146 €	109 €
ab	43.050 €	3.588 €	113 €	90 €	68 €	148 €	118 €	89 €	168 €	134 €	101 €	188 €	150 €	113 €
ab	44.600 €	3.717 €	118 €	94 €	71 €	154 €	123 €	92 €	174 €	139 €	104 €	195 €	156 €	117 €
ab	46.150 €	3.846 €	122 €	98 €	73 €	159 €	127 €	95 €	180 €	144 €	108 €	201 €	161 €	121 €
ab	47.700 €	3.975 €	127 €	102 €	76 €	164 €	131 €	98 €	186 €	149 €	112 €	207 €	166 €	124 €
ab	49.250 €	4.104 €	131 €	105 €	79 €	170 €	136 €	102 €	191 €	153 €	115 €	214 €	171 €	128 €
ab	50.800 €	4.233 €	136 €	109 €	82 €	175 €	140 €	105 €	197 €	158 €	118 €	220 €	176 €	132 €
ab	52.350 €	4.363 €	140 €	112 €	84 €	181 €	145 €	109 €	203 €	162 €	122 €	226 €	181 €	136 €
ab	53.900 €	4.492 €	145 €	116 €	87 €	186 €	149 €	112 €	209 €	167 €	125 €	232 €	186 €	139 €
ab	55.450 €	4.621 €	149 €	119 €	89 €	191 €	153 €	115 €	215 €	172 €	129 €	239 €	191 €	143 €
ab	57.000 €	4.750 €	153 €	122 €	92 €	197 €	158 €	118 €	221 €	177 €	133 €	245 €	196 €	147 €
ab	58.550 €	4.879 €	158 €	126 €	95 €	202 €	162 €	121 €	226 €	181 €	136 €	251 €	201 €	151 €
ab	60.100 €	5.008 €	162 €	130 €	97 €	207 €	166 €	124 €	232 €	186 €	139 €	257 €	206 €	154 €
ab	61.650 €	5.138 €	167 €	134 €	100 €	213 €	170 €	128 €	238 €	190 €	143 €	264 €	211 €	158 €
ab	63.200 €	5.267 €	171 €	137 €	103 €	218 €	174 €	131 €	244 €	195 €	146 €	270 €	216 €	162 €
ab	64.750 €	5.396 €	176 €	141 €	106 €	223 €	178 €	134 €	250 €	200 €	150 €	276 €	221 €	166 €
ab	66.300 €	5.525 €	180 €	144 €	108 €	229 €	183 €	137 €	256 €	205 €	154 €	282 €	226 €	169 €
ab	67.850 €	5.654 €	184 €	147 €	110 €	234 €	187 €	140 €	261 €	209 €	157 €	289 €	231 €	173 €
ab	69.400 €	5.783 €	189 €	151 €	113 €	240 €	192 €	144 €	267 €	214 €	160 €	295 €	236 €	177 €
ab	70.950 €	5.913 €	193 €	154 €	116 €	245 €	196 €	147 €	273 €	218 €	164 €	301 €	241 €	181 €
ab	72.500 €	6.042 €	198 €	158 €	119 €	250 €	200 €	150 €	279 €	223 €	167 €	307 €	246 €	184 €
ab	74.050 €	6.171 €	202 €	162 €	121 €	256 €	205 €	154 €	285 €	228 €	171 €	314 €	251 €	188 €
ab	75.600 €	6.300 €	207 €	166 €	124 €	261 €	209 €	157 €	291 €	233 €	175 €	320 €	256 €	192 €
ab	77.150 €	6.429 €	211 €	169 €	127 €	266 €	213 €	160 €	296 €	237 €	178 €	326 €	261 €	196 €
ab	78.700 €	6.558 €	216 €	173 €	130 €	272 €	218 €	163 €	302 €	242 €	181 €	333 €	266 €	200 €
ab	80.250 €	6.688 €	220 €	176 €	132 €	277 €	222 €	166 €	308 €	246 €	185 €	339 €	271 €	203 €

* In den markierten Einkommensstufen könnte ein Anspruch auf den Familienpass bestehen. Bei Anspruch ist nur der Mindestbeitrag nach § 12 der EBO zu zahlen.

Staffelungstabelle für Kinder im Alter vom vollendeten 3. Lebensjahr bis zur Einschulung

Anlage 1.2

Jahres- einkommen	Monats- einkommen	bis 6 Stunden			über 6 bis 8 Stunden			über 8 bis 10 Stunden			über 10 Stunden			
		monatlicher Beitrag			monatlicher Beitrag			monatlicher Beitrag			monatlicher Beitrag			
		1 Kind 100%	2 Kinder 80%	ab 3 Kinder 60%	1 Kind 100%	2 Kinder 80%	ab 3 Kinder 60%	1 Kind 100%	2 Kinder 80%	ab 3 Kinder 60%	1 Kind 100%	2 Kinder 80%	ab 3 Kinder 60%	
unter/ab	17.200 €	1.433 €	32 €	26 €	19 €	46 €	37 €	28 €	57 €	46 €	34 €	69 €	55 €	41 €
ab	18.450 €	1.538 €	36 €	29 €	22 €	51 €	41 €	31 €	62 €	50 €	37 €	75 €	60 €	45 €
ab	19.800 €	1.650 €	40 €	32 €	24 €	56 €	45 €	34 €	67 €	54 €	40 €	80 €	64 €	48 €
ab	21.350 €	1.779 €	43 €	34 €	26 €	60 €	48 €	36 €	73 €	58 €	44 €	86 €	69 €	52 €
ab	22.900 €	1.908 €	47 €	38 €	28 €	65 €	52 €	39 €	78 €	62 €	47 €	91 €	73 €	55 €
ab	24.450 €	2.038 €	51 €	41 €	31 €	70 €	56 €	42 €	83 €	66 €	50 €	97 €	78 €	58 €
ab	26.000 €	2.167 €	55 €	44 €	33 €	75 €	60 €	45 €	88 €	70 €	53 €	102 €	82 €	61 €
ab	27.550 €	2.296 €	59 €	47 €	35 €	79 €	63 €	47 €	93 €	74 €	56 €	108 €	86 €	65 €
ab	29.100 €	2.425 €	63 €	50 €	38 €	84 €	67 €	50 €	98 €	78 €	59 €	113 €	90 €	68 €
ab	30.650 €	2.554 €	66 €	53 €	40 €	89 €	71 €	53 €	104 €	83 €	62 €	119 €	95 €	71 €
ab	32.200 €	2.683 €	70 €	56 €	42 €	94 €	75 €	56 €	109 €	87 €	65 €	124 €	99 €	74 €
ab	33.750 €	2.813 €	74 €	59 €	44 €	99 €	79 €	59 €	114 €	91 €	68 €	130 €	104 €	78 €
ab	35.300 €	2.942 €	78 €	62 €	47 €	103 €	82 €	62 €	119 €	95 €	71 €	135 €	108 €	81 €
ab	36.850 €	3.071 €	82 €	66 €	49 €	108 €	86 €	65 €	124 €	99 €	74 €	141 €	113 €	85 €
ab	38.400 €	3.200 €	86 €	69 €	52 €	113 €	90 €	68 €	129 €	103 €	77 €	146 €	117 €	88 €
ab	39.950 €	3.329 €	89 €	71 €	53 €	118 €	94 €	71 €	135 €	108 €	81 €	152 €	122 €	91 €
ab	41.500 €	3.458 €	93 €	74 €	56 €	123 €	98 €	74 €	140 €	112 €	84 €	157 €	126 €	94 €
ab	43.050 €	3.588 €	97 €	78 €	58 €	127 €	102 €	76 €	145 €	116 €	87 €	163 €	130 €	98 €
ab	44.600 €	3.717 €	101 €	81 €	61 €	132 €	106 €	79 €	150 €	120 €	90 €	168 €	134 €	101 €
ab	46.150 €	3.846 €	105 €	84 €	63 €	137 €	110 €	82 €	155 €	124 €	93 €	174 €	139 €	104 €
ab	47.700 €	3.975 €	109 €	87 €	65 €	142 €	114 €	85 €	160 €	128 €	96 €	179 €	143 €	107 €
ab	49.250 €	4.104 €	112 €	90 €	67 €	146 €	117 €	88 €	166 €	133 €	100 €	185 €	148 €	111 €
ab	50.800 €	4.233 €	116 €	93 €	70 €	151 €	121 €	91 €	171 €	137 €	103 €	190 €	152 €	114 €
ab	52.350 €	4.363 €	120 €	96 €	72 €	156 €	125 €	94 €	176 €	141 €	106 €	196 €	157 €	118 €
ab	53.900 €	4.492 €	124 €	99 €	74 €	161 €	129 €	97 €	181 €	145 €	109 €	201 €	161 €	121 €
ab	55.450 €	4.621 €	128 €	102 €	77 €	166 €	133 €	100 €	186 €	149 €	112 €	207 €	166 €	124 €
ab	57.000 €	4.750 €	132 €	106 €	79 €	170 €	136 €	102 €	191 €	153 €	115 €	212 €	170 €	127 €
ab	58.550 €	4.879 €	135 €	108 €	81 €	175 €	140 €	105 €	197 €	158 €	118 €	218 €	174 €	131 €
ab	60.100 €	5.008 €	139 €	111 €	83 €	180 €	144 €	108 €	202 €	162 €	121 €	223 €	178 €	134 €
ab	61.650 €	5.138 €	143 €	114 €	86 €	185 €	148 €	111 €	207 €	166 €	124 €	229 €	183 €	137 €
ab	63.200 €	5.267 €	147 €	118 €	88 €	189 €	151 €	113 €	212 €	170 €	127 €	234 €	187 €	140 €
ab	64.750 €	5.396 €	151 €	121 €	91 €	194 €	155 €	116 €	217 €	174 €	130 €	240 €	192 €	144 €
ab	66.300 €	5.525 €	155 €	124 €	93 €	199 €	159 €	119 €	222 €	178 €	133 €	245 €	196 €	147 €
ab	67.850 €	5.654 €	158 €	126 €	95 €	204 €	163 €	122 €	228 €	182 €	137 €	251 €	201 €	151 €
ab	69.400 €	5.783 €	162 €	130 €	97 €	209 €	167 €	125 €	233 €	186 €	140 €	256 €	205 €	154 €
ab	70.950 €	5.913 €	166 €	133 €	100 €	213 €	170 €	128 €	238 €	190 €	143 €	262 €	210 €	157 €
ab	72.500 €	6.042 €	170 €	136 €	102 €	218 €	174 €	131 €	243 €	194 €	146 €	267 €	214 €	160 €
ab	74.050 €	6.171 €	174 €	139 €	104 €	223 €	178 €	134 €	248 €	198 €	149 €	273 €	218 €	164 €
ab	75.600 €	6.300 €	178 €	142 €	107 €	228 €	182 €	137 €	253 €	202 €	152 €	278 €	222 €	167 €
ab	77.150 €	6.429 €	181 €	145 €	109 €	233 €	186 €	140 €	259 €	207 €	155 €	284 €	227 €	170 €
ab	78.700 €	6.558 €	185 €	148 €	111 €	237 €	190 €	142 €	264 €	211 €	158 €	289 €	231 €	173 €
ab	80.250 €	6.688 €	189 €	151 €	113 €	242 €	194 €	145 €	269 €	215 €	161 €	295 €	236 €	177 €

* In den markierten Einkommensstufen könnte ein Anspruch auf den Familienpass bestehen. Bei Anspruch ist nur der Mindestbeitrag nach § 12 der EBO zu zahlen.

Staffelungstabelle für Kinder im Grundschulalter

Anlage 1.3

Jahres- einkommen	Monats- einkommen	bis 4 Stunden			über 4 bis 5 Stunden			über 5 bis 6 Stunden			über 6 Stunden			
		monatlicher Beitrag			monatlicher Beitrag			monatlicher Beitrag			monatlicher Beitrag			
		1 Kind 100%	2 Kinder 80%	ab 3 Kinder 60%	1 Kind 100%	2 Kinder 80%	ab 3 Kinder 60%	1 Kind 100%	2 Kinder 80%	ab 3 Kinder 60%	1 Kind 100%	2 Kinder 80%	ab 3 Kinder 60%	
unter/ab	17.200 €	1.433 €	30 €	24 €	18 €	43 €	34 €	26 €	54 €	43 €	32 €	64 €	51 €	38 €
ab	18.450 €	1.538 €	33 €	26 €	20 €	47 €	38 €	28 €	58 €	46 €	35 €	68 €	54 €	41 €
ab	19.800 €	1.650 €	35 €	28 €	21 €	50 €	40 €	30 €	62 €	50 €	37 €	72 €	58 €	43 €
ab	21.350 €	1.779 €	38 €	30 €	23 €	54 €	43 €	32 €	66 €	53 €	40 €	77 €	62 €	46 €
ab	22.900 €	1.908 €	41 €	33 €	25 €	58 €	46 €	35 €	70 €	56 €	42 €	81 €	65 €	49 €
ab	24.450 €	2.038 €	44 €	35 €	26 €	61 €	49 €	37 €	74 €	59 €	44 €	85 €	68 €	51 €
ab	26.000 €	2.167 €	46 €	37 €	28 €	65 €	52 €	39 €	78 €	62 €	47 €	89 €	71 €	53 €
ab	27.550 €	2.296 €	49 €	39 €	29 €	69 €	55 €	41 €	81 €	65 €	49 €	93 €	74 €	56 €
ab	29.100 €	2.425 €	52 €	42 €	31 €	72 €	58 €	43 €	85 €	68 €	51 €	98 €	78 €	59 €
ab	30.650 €	2.554 €	55 €	44 €	33 €	76 €	61 €	46 €	89 €	71 €	53 €	102 €	82 €	61 €
ab	32.200 €	2.683 €	57 €	46 €	34 €	80 €	64 €	48 €	93 €	74 €	56 €	106 €	85 €	64 €
ab	33.750 €	2.813 €	60 €	48 €	36 €	83 €	66 €	50 €	97 €	78 €	58 €	110 €	88 €	66 €
ab	35.300 €	2.942 €	63 €	50 €	38 €	87 €	70 €	52 €	101 €	81 €	61 €	114 €	91 €	68 €
ab	36.850 €	3.071 €	66 €	53 €	40 €	91 €	73 €	55 €	105 €	84 €	63 €	119 €	95 €	71 €
ab	38.400 €	3.200 €	68 €	54 €	41 €	94 €	75 €	56 €	109 €	87 €	65 €	123 €	98 €	74 €
ab	39.950 €	3.329 €	71 €	57 €	43 €	98 €	78 €	59 €	113 €	90 €	68 €	127 €	102 €	76 €
ab	41.500 €	3.458 €	74 €	59 €	44 €	102 €	82 €	61 €	117 €	94 €	70 €	131 €	105 €	79 €
ab	43.050 €	3.588 €	76 €	61 €	46 €	105 €	84 €	63 €	121 €	97 €	73 €	135 €	108 €	81 €
ab	44.600 €	3.717 €	79 €	63 €	47 €	109 €	87 €	65 €	125 €	100 €	75 €	140 €	112 €	84 €
ab	46.150 €	3.846 €	82 €	66 €	49 €	113 €	90 €	68 €	129 €	103 €	77 €	144 €	115 €	86 €
ab	47.700 €	3.975 €	85 €	68 €	51 €	116 €	93 €	70 €	133 €	106 €	80 €	148 €	118 €	89 €
ab	49.250 €	4.104 €	87 €	70 €	52 €	120 €	96 €	72 €	136 €	109 €	82 €	152 €	122 €	91 €
ab	50.800 €	4.233 €	90 €	72 €	54 €	123 €	98 €	74 €	140 €	112 €	84 €	156 €	125 €	94 €
ab	52.350 €	4.363 €	93 €	74 €	56 €	127 €	102 €	76 €	144 €	115 €	86 €	160 €	128 €	96 €
ab	53.900 €	4.492 €	96 €	77 €	58 €	131 €	105 €	79 €	148 €	118 €	89 €	165 €	132 €	99 €
ab	55.450 €	4.621 €	98 €	78 €	59 €	134 €	107 €	80 €	152 €	122 €	91 €	169 €	135 €	101 €
ab	57.000 €	4.750 €	101 €	81 €	61 €	138 €	110 €	83 €	156 €	125 €	94 €	173 €	138 €	104 €
ab	58.550 €	4.879 €	104 €	83 €	62 €	142 €	114 €	85 €	160 €	128 €	96 €	177 €	142 €	106 €
ab	60.100 €	5.008 €	106 €	85 €	64 €	145 €	116 €	87 €	164 €	131 €	98 €	181 €	145 €	109 €
ab	61.650 €	5.138 €	109 €	87 €	65 €	149 €	119 €	89 €	168 €	134 €	101 €	186 €	149 €	112 €
ab	63.200 €	5.267 €	112 €	90 €	67 €	153 €	122 €	92 €	172 €	138 €	103 €	190 €	152 €	114 €
ab	64.750 €	5.396 €	115 €	92 €	69 €	156 €	125 €	94 €	176 €	141 €	106 €	194 €	155 €	116 €
ab	66.300 €	5.525 €	117 €	94 €	70 €	160 €	128 €	96 €	180 €	144 €	108 €	198 €	158 €	119 €
ab	67.850 €	5.654 €	120 €	96 €	72 €	164 €	131 €	98 €	184 €	147 €	110 €	202 €	162 €	121 €
ab	69.400 €	5.783 €	123 €	98 €	74 €	167 €	134 €	100 €	188 €	150 €	113 €	207 €	166 €	124 €
ab	70.950 €	5.913 €	126 €	101 €	76 €	171 €	137 €	103 €	191 €	153 €	115 €	211 €	169 €	127 €
ab	72.500 €	6.042 €	128 €	102 €	77 €	175 €	140 €	105 €	195 €	156 €	117 €	215 €	172 €	129 €
ab	74.050 €	6.171 €	131 €	105 €	79 €	178 €	142 €	107 €	199 €	159 €	119 €	219 €	175 €	131 €
ab	75.600 €	6.300 €	134 €	107 €	80 €	182 €	146 €	109 €	203 €	162 €	122 €	223 €	178 €	134 €
ab	77.150 €	6.429 €	137 €	110 €	82 €	186 €	149 €	112 €	207 €	166 €	124 €	228 €	182 €	137 €
ab	78.700 €	6.558 €	139 €	111 €	83 €	189 €	151 €	113 €	211 €	169 €	127 €	232 €	186 €	139 €
ab	80.250 €	6.688 €	142 €	114 €	85 €	193 €	154 €	116 €	215 €	172 €	129 €	236 €	189 €	142 €

* In den markierten Einkommensstufen könnte ein Anspruch auf den Familienpass bestehen. Bei Anspruch ist nur der Mindestbeitrag nach § 12 der EBO zu zahlen.

Einladung

zur 5. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Brandenburg an der Havel
im Jahre 2018

am Mittwoch, dem 30.05.2018, um 16:00 Uhr

in 14770 Brandenburg an der Havel, Altstädtischer Markt 11, Rolandsaal

Tagesordnung

- 1** **Eröffnung der Sitzung**
- 2** **Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung**
- 3** **Entscheidung gem. § 42 Abs. 3 Satz 2 BbgKVerf über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der letzten Sitzung am 25.04.2018**
- 4** **Feststellung der Tagesordnung**
- 5** **Bericht des Oberbürgermeisters über wesentliche Gemeindeangelegenheiten**
- 6** **Einwohnerfragestunde**
- 7** **Vorlagen der Verwaltung**
 - 7.1 081/2018 Entscheidung über einen Wahleinspruch und über die Gültigkeit der Oberbürgermeisterwahl am 25. Februar 2018
Einreicher: Oberbürgermeister
Stabsbereich Oberbürgermeister
 - 7.2 087/2018 Schulbedarfsplanung für die Schulen der Stadt Brandenburg an der Havel für das Schuljahr 2018/19
Einreicher: Oberbürgermeister
Fachbereich I
 - 7.3 086/2018 Gremienbesetzung bei der Mittelbrandenburgischen Sparkasse in Potsdam (MBS)
Einreicher: Oberbürgermeister
Fachbereich II
 - 7.4 057/2018 Gebührensatzung der Stadt Brandenburg an der Havel für Amtshandlungen nach dem Prostituiertenschutzgesetz
Einreicher: Oberbürgermeister
Fachbereich V
 - 7.5 079/2018 Beschluss über den Masterplan Fortschreibung 2018/ Integriertes Stadtentwicklungskonzept (INSEK) der Stadt Brandenburg an der Havel
Einreicher: Oberbürgermeister
Fachbereich VI
 - 7.5.1 116/2018 Änderungsantrag - Beschluss über den Masterplan Fortschreibung 2018/Integriertes Stadtentwicklungskonzept (INSEK) der Stadt Brandenburg an der Havel (079/2018) vom 03.04.2018
Einreicher: Fraktion Freie Wähler
- 8** **Anträge aus der Stadtverordnetenversammlung und von Ortsvorstehern**
 - 8.1 113/2018 Besetzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport
Einreicher: Fraktion SPD

- 8.2 114/2018 Besetzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport
Einreicher: Fraktion SPD
- 8.3 115/2018 Neuregelungen zur Entlastung der Straßenreinigungspflichtigen bei der
Laubbeseitigung von öffentlichen Straßen
1. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die
Abfallentsorgung der Stadt Brandenburg an der Havel (Abfallgebührensatzung)
Einreicher: Fraktion Freie Wähler
- 9 072/2018 Petition von Herrn Ronny Westphal und Frau Annett Westphal zur Überprüfung
und Klärung der Anzeigen betreffend der Flurstücke 327, 328, 330, 331, 332, 333
/ Flur 79, Gemarkung Brandenburg (Mötzower Weg I, 14776 Brandenburg an der
Havel)**
- 10 Anfragen aus der Stadtverordnetenversammlung**
- 10.1 104/2018 Anfrage an den Oberbürgermeister im Zusammenhang mit der Antragstellung der
Stadt Brandenburg an der Havel beim Innenministerium auf 6,8 Mio. EUR
Entschuldung für BUGA - Mehraufwendungen zum Ausgleich des entstandenen
Defizits
Einreicher: Fraktion SPD, Frau Kornmesser
- 10.2 109/2018 Anfrage an den Oberbürgermeister zur Unterstützung kleinerer lokaler Unternehmer
und Investoren
Einreicher: Fraktion AfD, Herr Brösicke
- 10.3 117/2018 Anfrage an den Oberbürgermeister zur Umwandlung von Gebieten zum dauerhaften
Wohnen
Einreicher: Fraktion Freie Wähler, Herr Stieger
- 11 Persönliche Mitteilungen und Erklärungen**
- 12 Behandlung der Tagesordnungspunkte des nichtöffentlichen Teils der Sitzung**
- 13 Entscheidung gem. § 42 Abs. 3 Satz 2 BbgKVerf über eventuelle Einwendungen
gegen die Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der letzten Sitzung am
25.04.2018**
- 14 Vorlagen der Verwaltung**
- 15 091/2018 Verkauf eines Grundstückes
Einreicher: Oberbürgermeister
Eigenbetrieb Gebäude- und Liegenschaftsmanagement
- 16 Anträge aus der Stadtverordnetenversammlung und von Ortsvorstehern**
- 17 Anfragen aus der Stadtverordnetenversammlung**
- 18 Persönliche Mitteilungen und Erklärungen**
- 19 Schließung der Sitzung**

gez. Walter Paaschen
Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Brandenburg an der Havel, 22.05.2018

Ende des amtlichen Teils

Beginn des nichtamtlichen Teils (Termine, Informationen, Notizen)

Termine der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse im Juni 2018

Stand: 20.04.2018

Termin	Gremium	Ort	Zeit
Di., 05.06.2018	Hauptausschuss unter Vorbehalt	Stadtverwaltung Brandenburg an der Havel, Altstädtischer Markt 10, Beratungsraum 301, 14770 Brandenburg an der Havel	18:00 Uhr
Mi., 06.06.2018	Jugendhilfeausschuss	Stadtverwaltung Brandenburg an der Havel, Altstädtischer Markt 10, Beratungsraum 301, 14770 Brandenburg an der Havel	17:00 Uhr
Mi., 06.06.2018	Ausschuss für Umwelt, Recht, Ordnung und Petitionen	Stadtverwaltung Brandenburg an der Havel, Klosterstraße 14, Beratungsraum A 306, 14770 Brandenburg an der Havel	18:00 Uhr
Do., 07.06.2018	Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Seniorenfragen	Stadtverwaltung Brandenburg an der Havel, Altstädtischer Markt 10, Beratungsraum 301, 14770 Brandenburg an der Havel	18:00 Uhr
Do., 07.06.2018	Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, kommunale Beteiligungen und Vergaben	Stadtverwaltung Brandenburg an der Havel, Klosterstraße 14, Beratungsraum A 306, 14770 Brandenburg an der Havel	18:00 Uhr
Di., 12.06.2018	Ausschuss für Finanzen und Liegenschaften	Stadtverwaltung Brandenburg an der Havel, Altstädtischer Markt 10, Beratungsraum 301, 14770 Brandenburg an der Havel	18:00 Uhr
Mi., 13.06.2018	Ausschuss für Stadtentwicklung	Stadtverwaltung Brandenburg an der Havel, Altstädtischer Markt 10, Beratungsraum 301, 14770 Brandenburg an der Havel	18:00 Uhr
Do., 14.06.2018	Gemeinsamer Werksausschuss für die Eigenbetriebe der Stadt Brandenburg an der Havel	Stadtverwaltung Brandenburg an der Havel, Klosterstraße 14, Beratungsraum B 301, 14770 Brandenburg an der Havel	17:00 Uhr
Do., 14.06.2018	Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport	Gotisches Haus, EG Beratungsraum, Johanniskirchplatz 4, 14770 Brandenburg an der Havel	18:00 Uhr
Do., 14.06.2018	Rechnungsprüfungsausschuss	Stadtverwaltung Brandenburg an der Havel, Altstädtischer Markt 10, Beratungsraum 301 14770 Brandenburg an der Havel	18:00 Uhr
Mo., 18.06.2018	Hauptausschuss	Stadtverwaltung Brandenburg an der Havel, Altstädtischer Markt 10, Beratungsraum 301, 14770 Brandenburg an der Havel	18:00 Uhr
Di., 19.06.2018	Unterausschuss Jugendhilfeplanung	Stadtverwaltung Brandenburg an der Havel, Wiener Straße 1, Beratungsraum 421, 14772 Brandenburg an der Havel	16:00 Uhr
Do., 21.06.2018	Unterausschuss Finanzen	Stadtverwaltung Brandenburg an der Havel, Wiener Straße 1, Beratungsraum 421, 14772 Brandenburg an der Havel	16:00 Uhr
Mi., 27.06.2018	Stadtverordnetenversammlung	Stadtverwaltung Brandenburg an der Havel, Altstädtischer Markt 11, Rolandsaal, 14770 Brandenburg an der Havel	16:00 Uhr

Die aktuellen Termine, Tagungsorte und Tagesordnungen können dem Internet an folgender Stelle entnommen werden:

www.stadt-brandenburg.de unter der Rubrik „Rathaus“ unter „Stadtverordnetenversammlung“:
„Termine + Vorlagen“

Die Einladungen zur Stadtverordnetenversammlung und zum Hauptausschuss werden im Amtsblatt für die Stadt Brandenburg an der Havel bekannt gemacht.

Elternbrief 1: 1 Monat: Früherkennungsuntersuchungen

Ihr Kind ist da –wir gratulieren!

Auch wenn Ihr Kind kerngesund ist und sich prächtig entwickelt – gehen Sie auf jeden Fall zu den Früherkennungsuntersuchungen. Für Babys und Kleinkinder sind insgesamt zehn Untersuchungen vorgesehen. Mit ihrer Hilfe können Entwicklungsverzögerungen oder Behinderungen frühzeitig erkannt und behandelt werden. Außerdem sind sie eine gute Gelegenheit, Vertrauen zu einem Kinderarzt zu fassen, bevor der Nachwuchs tatsächlich einmal krank wird. Die ersten beiden „U“s hat Ihr Baby vermutlich schon im Krankenhaus erlebt; die dritte sollte in der vierten oder fünften Lebenswoche stattfinden. Im ersten Jahr folgen noch drei weitere, bei denen die körperliche und geistige Entwicklung des Kindes überprüft wird.

Fragen Sie bei diesen Gelegenheiten ruhig nach, falls Sie etwas nicht verstehen. Und weisen Sie den Arzt darauf hin, wenn Ihnen selbst etwas auffällt, das Sie sich nicht erklären können. Lassen Sie sich auch über die Ernährung Ihres Babys informieren, besonders, wenn in Ihrer Familie Allergien, Asthma oder Hauterkrankungen vorkommen.

- Sie können zu Hause einen Merkzettel schreiben, damit Sie all Ihre Fragen parat haben.
- Rufen Sie den Kinderarzt ruhig auch zwischendurch an, wenn Sie etwas beunruhigt.
- Sie sprechen nicht so gut Deutsch? Fragen Sie nach, ob ein Mitarbeiter in der Praxis übersetzen kann oder bringen Sie selbst jemanden mit.

Weitere Themen im Elternbrief 1 sind: „Einander kennen lernen“, „Gemeinsam einen Rhythmus finden“, „Warum Babys schreien“, „Drei-Monats-Koliken“, „Wenn’s mit dem Stillen mal nicht klappt“, „Unterstützung durch die Hebamme“, „Was ein Baby sonst noch braucht“, „Impfungen“, „Elternzeit“ und „Elterngeld“.

Die kostenlose Verteilung der ANE-Elternbriefe im Land Brandenburg wird gefördert durch das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (MASGF).

Interessierte Eltern können diesen und alle weiteren Briefe kostenfrei über die Internetpräsenz des Arbeitskreises Neue Erziehung e. V. www.ane.de, oder per Email an ane@ane.de, über eine Sammelbestellung in Ihrer Kita oder per Telefon 030-259006-35 bestellen. Die Elternbriefe kommen altersentsprechend bis zum 8. Geburtstag in regelmäßigen Abständen nach Hause, auch für Geschwisterkinder.



Sabine Weczera M.A.
Elternbriefe Brandenburg

IMPRESSUM

Herausgeber: Stadt Brandenburg an der Havel
Redaktion: Oberbürgermeister
FG Rechtsamt/Büro Stadtverordnetenversammlung, Frau Bressau
Tel.: (0 33 81) 58 13 17
Fax: (0 33 81) 58 13 14
Internet: www.stadt-brandenburg.de
e-mail: amtsblatt@stadt-brandenburg.de

Herstellung: Eigendruck
Bezugsquelle: Stadtverwaltung Brandenburg an der Havel
Oberbürgermeister
FG Rechtsamt/Büro Stadtverordnetenversammlung
14770 Brandenburg an der Havel
Klosterstraße 14
Abonnementsbestellungen richten Sie bitte an diese Adresse.

Besucheradresse/
Einzelverkauf: Stadtverwaltung Brandenburg an der Havel
Oberbürgermeister
FG Rechtsamt/Büro Stadtverordnetenversammlung
Haus E, 3. Etage, Zimmer E 307
Klosterstraße 14
14770 Brandenburg an der Havel

Einzelpreis: 1,00 €
Jahresabonnement: 25,50 € einschl. Porto
Kündigungsfrist: 15. Dezember